

Merseburger Tageblatt

Abonnementpreis von ganz Deutschland: 12. 1/2, monatlich 1. 1/2, vierteljährlich 4. 1/2, halbjährlich 8. 1/2, jährlich 16. 1/2. Ausland: 18. 1/2, monatlich 1. 5/8, vierteljährlich 4. 1/2, halbjährlich 8. 1/2, jährlich 16. 1/2. Einzelhefte 10 Pf. Druck- und Verlagsanstalt Merseburg, — Druckerei 100, — Verlagsanstalt Merseburg, — Druckerei 100, — Verlagsanstalt Merseburg, — Druckerei 100.

Kreisblatt

Abonnementpreis für den Kreis Merseburg: 12. 1/2, monatlich 1. 1/2, vierteljährlich 4. 1/2, halbjährlich 8. 1/2, jährlich 16. 1/2. Einzelhefte 10 Pf. Druck- und Verlagsanstalt Merseburg, — Druckerei 100, — Verlagsanstalt Merseburg, — Druckerei 100.

Bettung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Umtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 205.

Sonnabend, den 12. September 1919.

159. Jahrgang.

Tageschronik

Deutschland soll zur Unterzeichnung eines Protokolls, das alle den Friedensvertrag eingehenden Verpflichtungen festlegt, für nichtig erklärt, aufgegeben werden. Eine amtliche Ausrufung bestimmt die Rückgabe aller aus Feindesland entwendeten Gegenstände. Die englische Presse schlägt vor, daß ein schnellerer Warenaustausch zu erzielen, die Gefangenen zu Fuß nach Deutschland marschieren sollen. In Mail sprach Scheidemann über die politische Lage. Eine Note der Entente befragt, ob die Entente nicht an eine vorzeitige Beilegung Oberitaliens denke.

Die Antwort der Entente.

Amsterdam, 12. Sept. Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 10. September, daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Forderung der Entente des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten hat. Er kam zu dem Resultat, daß die deutschen Forderungen unzulänglich sind und daß die deutsche Regierung beschleunigte Schritte nach Paris senden muß, die einen Protest unterzeichnen, in dem alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso, wie der Vertrag, von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

Rückgabe von Gegenständen aus dem besetzten Feindesland.

Die Friedensabteilung des auswärtigen Amtes veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Rückgabe von Gegenständen, die aus dem von den deutschen Truppen besetzten Feindesland kommen. Die Waffensollkataster-Verordnungen verpflichten Deutschland bekanntlich zur Rückgabe bestimmter Arten von Gegenständen, Geldern, Wertpapieren, Kunstgegenständen, Maschinen usw. Es handelt sich nun darum, die Rücklieferung beweglicher Sachen aller Art möglichst zu beschleunigen. Wer nun Gegenstände der bezeichneten Art besitzt, wird aufgefordert, diese bis zum 15. Dezember an die deutsche Restitutionsstelle in Frankfurt a. M. anzuführen. Bei der Anführung sind der Restitutionsstelle zur Durchsicht der Rücklieferung, soweit möglich, mitzubringen: a) Ort und Zeit der Inhaberschaft, b) der Name des früheren Besitzers oder, falls der Name nicht bekannt ist, alle Umstände, die zur Ermittlung des früheren Besitzers dienen können. Die Anführung kann ohne Angabe des Namens in der abliefernden Person erfolgen. Die Angabe des Namens ist aber wegen der etwa notwendig werdenden Rückfragen dringend erwünscht. Die mit der Restitutionsstelle beauftragten Stellen werden hinsichtlich der Namen der abliefernden Personen zur Verschwiegenheit verpflichtet. Jeder der Anführung der Gegenstände ist von der Restitutionsstelle auf Wunsch eine Bescheinigung auszustellen. Wegen näherer Einzelheiten wird von der Restitutionsstelle Auskunft erteilt.

Heimkehr zu Fuß?

Basel, 12. Sept. „Information“ berichtet aus London, daß die englische Presse betone, daß der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen zu langsam vor sich geht. Wenn, wie angenommen, im Laufe der nächsten Monate 1000 Gefangene zurückgeführt werden, so müßte dies ein Jahr vergehen, bis 200 000 deutsche Gefangene aus England zurückgeführt werden. Man macht in Berlin die Bemerkung, daß die Gefangenen in Gruppen von je 10 000 Mann zu Fuß nach Hause marschieren sollen.

Der Kaiserprozeß von England gefordert.

Haag, 12. Sept. (Ein. Drahtf.) „Daily Mail“ und „Times“ nehmen Stellung gegen den Standpunkt Londons im Kaiser-Prozeß und fordern Lloyd George auf, seinem Verbrechen, den Kaiser vor Gericht zu stellen, nachzukommen. Die Bekräftigung des früheren deutschen Kaiser-Prozesses, so verlangen die Zeitungen, unbedingt durchgeführt werden.

Stellen für Ratifizierung.

Lugano, 11. Sept. Der Ratifizierungsbericht Luzzattis wurde mit 20 gegen 4 Stimmen von der parlamentarischen Kommission angenommen. Die Kommission schlägt in einer Tagesordnung die Ratifizierung des Vertrages vor und fordert die Regierung auf, für eine die italienischen Interessen wahrende Interpretation zu sorgen. Weiter wird in der Tagesordnung die schleunige Annahme der bis her feindlichen Staaten in den Wäldern und voran. Es sei zweckmäßig, mit Deutschland im nahen Kontakt zu stehen, schon um sich von seinem Gesinnungswandel zu überzeugen. Die wirtschaftlichen Ansätze des Vertrages genügen den italienischen Interessen so wenig, als die Regelung der Sabotagefrage. Der Prozeß gegen den deutschen Kaiser wird ausdrücklich abgelehnt. Italien sei zwar für eine Unschädlichmachung zu haben, aber solche Maßnahmen würden keine Rechtsgrundlage verleihen. Trotz seiner Unzulänglichkeit müßte Italien den Vertrag ratifizieren, weil es sonst in Kriegszustand verbleibe, von seinen Verbündeten getrennt würde und der Siegesfriede verfallig ginge.

Eine Hofschaff Wilsons.

Basel, 11. Sept. Die Londoner Blätter berichten aus Newyork, daß Wilson aus Chicago eine Hofschaff an den Kongreß richtete, in der er Änderungen und Wäbungen im Friedensvertrag mit Deutschland verweigert, sofern diese über die Hauptbedingnisse der Wäbungen an Deutschland hinausgehen sollten. Die Hofschaff Wilsons hat tiefen Eindruck im Senat gemacht.

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat. Washington, 11. Sept. Der Friedensvertrag ist gestern mit einem sechs Seiten langen Bericht vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten dem Senat vorgelegt worden. In dem Bericht wird gesagt, daß die Wäbungsanträge und Vorbehalte den Zweck verfolgen, die amerikanische Unabhängigkeit und Souveränität zu wahren und daß damit der Wohlstand der Menschheit am besten gebient sei. Namens der Wäbungs-erteilte Senator Hitchcock dem Senat Bericht.

Um den Artikel 61 der Verfassung.

Berlin, 11. Sept. Eine Bemerkung in der „National-Zeitung“ vom 10. September ist dahin angefaßt worden, als ob die Regierung beabsichtige, die Nationalversammlung zur Änderung des Artikels 61 der Verfassung einzuberufen. Es bedarf keines ausdrücklichen Hinweis darauf, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die deutsche Regierung hat bekanntlich in ihrer Antwort auf die Entente die in hinführender Form festgestellt, daß der Artikel 61, Absatz 2, um den es sich handelt, bis zur Entscheidung des Völkerrates auf Grund des Artikels 178 der Verfassung als kraftlos zu betrachten ist, und daß demnach eine Änderung der Verfassung nicht in Frage kommt.

Wie man sich den Anschluß dachte.

Wien, 11. Sept. Der frühere deutsch-österreichische Staatssekretär des Reiches Dr. Otto Bauer machte Mitteilungen über die sehr weit gehenden Anschlußverhandlungen in Weimar. Die deutsch-österreichische Kriegsanteile sollte vom Deutschen Reich mitbezahlt werden. Die Eisenbahnen sollten an die reichsdeutschen angegliedert werden. Die deutsch-österreichische Industrie sollte in Deutschland volle Zollfreiheit haben, aber selbst durch einige Zölle noch geschützt bleiben. Für die Umwandlung der Währung sollte die Krone für mehr als eine halbe Mark gerechnet werden. Die Hochschulen, Museen, Theater wären vom Reich erhalten worden. Man dachte aber all dies nicht als öffentliche, wenn Deutschland fürchte, daß ihm die Entente angeht, so der Öffentlichkeit auch noch die österreichischen Kriegsanteile aufbürden würde. Heute sei das vorläufig vorbei. Der Friede von St. Germain liege zwar Deutsch-Österreich keine Lebensmöglichkeit, müßte aber gehalten werden, weil nichts übrig bliebe, als ihn zu unterzeichnen. Man müßte über diese Überlegungzeit hinwegkommen.

Kann Deutschland zahlen?

Berlin, 11. Sept. Finanzminister Klotz erklärte, die Wäbungsunterschiedskommission verhandele allein mit Deutschland und sei mit festen Nachmitteln ausgestattet. Sie habe sogar das Recht, Repressalien auszuüben, die bis zur Verzögerung der Forderungen ginge. Da zur Kreditgewährung an Deutschland die Zustimmung der Wäbungs-erteilte sei, wird Frankreich immer in der Lage sein, Rückzahlung zu leisten.

Schlummernde Hoffnungen.

Die Unabhängigen hatten in Berlin gegenwärtig ihre Reichstagsfraktion ab, die hinter verschlossenen Türen stattfindet. Aber selbst hat man doch gehört, daß Tagesfragen in den Vordergrund gerückt sind, und man anscheinend dabei ist, das Aktionsprogramm der Partei aufzustellen. Einmal ist außerdem bereits bekannt geworden: die Unabhängigen wollen die Nationalversammlung nicht mehr wie früher auseinanderreiben, sondern als Abgeordnete entgegen dem Willen der Berliner Funktionäre mitarbeiten. Eine Rede, die Hugo Haase hielt, läßt auch erkennen, daß die Unabhängigen noch viel von der Zukunft erwarten. Insbesondere ist, daß er eine gewisse Streikmündigkeit in den Reihen der Arbeiter feststellt und sogar einseitig, die Wäbungs-erteilte wäre revolutionär. Haase hat nicht unrecht: Jetzt ist keine Zeit für große Aktionen, denn es würden sich hierzu nicht die Massen finden. Inwiefern verweist er nicht voll Hoffnung auf den kommenden Winter, dessen Not die Unzufriedenen wieder hinter die Röhre der Unabhängigen führen würde. Aber ob auch schon in diesem Winter die Zeit der „Befreiung“ (im Haaseschen Sinne selbstverständlich) kommen wird, scheint ihm auch noch nicht gewiß zu sein. Aber einmal werde das Volk erwachen, probest es, und dann werde seine Partei das Joch zerbrechen können.

Es verdient wirklich, die Haase-Offenbarungen festzuhalten. Einmal, weil sie die Zeitrichtigkeit richtig beurteilen, dann aber auch, weil sie Grund geben, den Unabhängigen entgegen zu arbeiten. Wenn die Regierung es ernstlich mit einer Besserung der Verhältnisse meint, wird sie versuchen, die Streikmündigkeit, die Haase jagt, noch zu steigern und die Arbeiter arbeitslos zu machen. Nicht Jureben allein kann helfen. Die Arbeiter müssen fühlen, daß der Streik allmählich zum Erfolg führen wird und ihre ausgeübte Freiheit sich letzten Endes an ihnen selbst rächt. Gewiß ist der Entschluß des Ministeriums des Innern, das den Arbeitern, die einen Streik nicht beenden und auf Aufforderung nicht zur Arbeit erscheinen, keine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden darf, schon etwas. Diese Entscheidung, die sich gegen den eigenartigen Einschluß des Hauptauschusses für Erwerbslosenfürsorge richtet, wird denen, die von einigen Streiktagen noch nicht genug hatten und auf Kosten des öffentlichen noch länger als Arbeitslose feierten, die Arbeitslosigkeit der Arbeit und der Wirtschaft vor Augen führen. Man hätte sich ein Beispiel (der auch gehalten werden müßte) anzueignen, daß Arbeiter ein Zwangsloz und jeder, der eine ihm zuwenig Arbeit nicht annimmt, auch kein Arbeiter sein darf. Diese Unterstützung erhalten wird. Weiter hat die Regierung noch lange nicht ihr Verprechen eingelöst, daß sie die Preise für Lebensmittel organisch abbauen wolle. Davon ist noch nichts zu bemerken. Und es ist erklärlich, wenn in der Arbeiterfront der Regierung wenig Glauben entgegen gebracht wird. Sie hat die Möglichkeit, die Preise abzubauen, aber sie will allgemein das Vertrauen und die Arbeitslosigkeit vor Augen führen. Und es ist erklärlich, wenn die Regierung noch lange nicht ihr Verprechen eingelöst, daß sie die Preise für Lebensmittel organisch abbauen wolle. Davon ist noch nichts zu bemerken. Und es ist erklärlich, wenn in der Arbeiterfront der Regierung wenig Glauben entgegen gebracht wird. Sie hat die Möglichkeit, die Preise abzubauen, aber sie will allgemein das Vertrauen und die Arbeitslosigkeit vor Augen führen.

Der freie Handel allein aber wird die von Haase erhoffte Zeit der Not auch nicht beenden können. Andere Faktoren müssen helfen, andere Mittel müssen gefunden werden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Man hat endlich begriffen, daß die Transport- und Verkehrsverbesserungen nötig sind. Und die Eisenbahnverwaltung, die lange genug auf ihre früher tadellos arbeitenden eigenen Wertigkeiten geblieben ist, entschloß sich etwas spät, Privatfirmen Arbeiten zuzuteilen. Von den vielen demotivierten, gebrauchsunfähigen Lokomotiven werden jetzt bereits eine große Anzahl in privaten Betrieben repariert. Dadurch wird das wirtschaftliche Leben vorangetrieben, das der Verkehr für kurz oder lang besser wird. Räumt er sich wieder in Gang, wird er die Rohstoffabnehmer befähigen können und die Lebensmittelpreise nicht erhöhen, dann wird auch der Winter nicht so schwer werden.

Vereinnagungsgeißt.

Da muß sich ja der Döbel freuen, fogle kirchlich mein fünfjähriges Entsetzen, und als ihm solche Worte als häßlich...

Dies ist aber etwas Saniertes, es sieht man an ihren Freuden, an dem immer weiter freudender Verberben...

Die Herrschaften erklären einfach ihren Eltern, den Lehrern, dem Staat und der Gesellschaft den Krieg. Das mag zunächst lächerlich erscheinen, als ein Ausschlag kindlicher Ueberpannung...

eine Sollenlerin nimmt sogar eine leitende Stellung ein. Es ist wahr zu behaupten, daß eine Vereinnagung auch der Merseburger Schulen versucht werden wird.

Werknungsschuld an so traurigen Geschehnissen? Wir schreiben die Hauptschuld nicht der Schule zu, sondern dem Elternhaus, das seine Pflicht gegen die Kinder verläßt.

Politische Rundschau

Unsere jämmerliche Auslandspolitik.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Man vertritt anscheinend an den maßgebenden Stellen und auch in weiten politischen Kreisen die Auffassung, als ob einseitigen das auswärtige Amt außer Aktion gesetzt sei...

Und doch wäre jetzt gerade die geeignete Zeit für einen wirklich befähigten Diplomaten, die Fäden nach dem Auslande zu spinnen und unsere Auslandspolitik, soweit sie nicht bewährt ist, auf eine neue Grundlage gestellt, erfolgreich zu führen.

Schuld und Sühne.

Original-Drama von Erich Ebenfeld.

Zwischen packte Hempel mit geschlachten Fingern den Inhalt des Kartons aus und wieder ein. Er vertor kein Wort dabei, aber seine Augen fragten seltsam. Das waren ja recht interessante Dinge, die dieser Herr Sparbach da zurückgelassen hatte!

Der neue Karion war positiert gepackt. Draußen war inzwischen die Sonne gesunken, und in dem düstern Hofzimmer des ersten Stockwerks fragte die Dämmerung bereits ans allen Ecken, während sich hoch oben an der gegenüberliegenden Hausmauer und dem darüberstehenden Dach noch ein grell leuchtender Streifen Sonnenlicht hinzog.

Rum stand er vor der Nachbarswohnung, in die er kurz zuvor einen leeren Koffer hineingeschmuggelt hatte. Hempel sah ihn im Geiste mit dem selbstgefragten Nachschlüssel geschickt öffnen, in der Wohnung verschwinden, und dann lauernd hinter der Eingangstür warten...

Und er sah ein junges, schönes Weib verflochten die Treppe hinaufsteigen — verließ, erregt, hoffnungsvoll... Er hatte sie ja noch einmal gesehen... Es war noch nicht alles aus... Und bebenden Senzen klingelte sie. Hinter des Tür aber wartete lauernd ein anderer... der Mörder!

Und hier — in diesem Zimmer, wo Elias Hempel jetzt stand, hatte er gesohnt — unter der Masse eines harmlosen, alten Mannes, unter dem Namen Ludwig Sparbach...

Denn er war der Mörder. Er mußte es sein... Freilich — die rotblonden Haare? Dem gehörten sie? Einem Auftragsgeber vielleicht?

„Nun, sind Sie fertig? Können wir gehen?“ fragte Frau Grongal, und setzte erschröden hinzu: „Aber was ist Ihnen, Herr Mörder? Sie sehen ja ganz blaß aus!“

Hempel stürzte sich, zusammenstreichend, über die Str. „Nichts. Nur die Luft ist so dumpf und schwül hier... gehen wir!“

Als sie die Treppe hinabstiegen, horchten sie verwundert auf. Aufgeregte Arie und das Gemurmel vieler Stimmen drang aus dem Hausflur heraus. „Hier scheint etwas geschehen zu sein“, sagte Elias Hempel, den Schritt beschleunigend.

derweil wir uns selbst aufzählen. Um aber wirklich wieder Auslandspolitik beginnen zu können, brauchen wir befähigte Männer, die Deutschlands Willen in der Welt geltend machen und die es besser wie eine zimmerliche, schwache und talentlose Regierung verstehen, die Vorteile zu nutzen, die die jetzige Weltanarchie auch für uns mit sich bringt.

Wie erfahren und unfähig die heutige politische Leitung ist, beweisen die sich fortwährend wiederholenden halbamtlichen Mitteilungen über die von der Entente verlangte Verfassungsänderung, die je nach den aus Paris vorliegenden Nachrichten in allen Farben schillern und bei jedem Anstrich Clemenceaus sofort tiefe Bedeutungslosigkeit annehmen.

Das Reich übernimmt die einseitigen Kriegsschulden.

Wie bekannt, hat Preußen gegenüber dem Reich den Anspruch erhoben, daß das Reich für alle aus dem Kriege den Einzelstaaten entstehenden Schulden aufzukommen habe. Wie wir dazu erfahren, wurde von der Reichsregierung dieser Anspruch einstimmig als begründet anerkannt. Eine dahingehende Erklärung der Reichsregierung wird in Kürze zu erwarten sein.

Als selbstverständliche Konsequenz dieser Fassung darf wohl auch die Übernahme der reinen Kriegsschulden der Gemeinden durch das Reich erwartet werden.

Hessisch kommt nicht vor den Staatsgerichtshof.

Die von einigen kommunikativen Blättern gebrachte Meldung, daß der frühere Staatsminister Heffter sich außer dem gegen ihn vor den obersten Hessischen Verwaltungsbehörden Befahren nach vor den Staatsgerichtshof gestellt werden soll, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich nur um die von Erzberger gegen ihn eingereichte Klage, die vor den obersten Hessischen Gerichten ihre Abwicklung findet.

Der Bund nach rechts.

Jena, 11. Sept. Das Ergebnis der Bezirksauswahl in Jena im zweiten weimarschen Verwaltungsbereich Wolpa-Jena ist bei 148 Stimmen, von denen noch 15 Orte ausfallen, wie folgt: Deutsche und Deutschnationalen Volkspartei, Bund der Landwirte, Thüringer Bauernbund 1000 Stimmen, Demokraten 1680 Stimmen, Sozialdemokraten 2700 Stimmen. Das ist bei erheblicher Wahlmündigkeit ein deutlicher Reich nach rechts.

Veratungen über die bestellten Gebiete.

In Frankfurt a. M. fanden unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und einseitigen Regierungsvertreter Beratungen über die Angelegenheiten der im Westen bestellten Gebiete statt. Unter den Anwesenden befanden sich der Unterstaatssekretär Dr. Lohm, der hessische Staatspräsident, der Reichskommissar für die bestellten Gebiete, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Abgeordnete und Beamte.

Keine Freigabezeit mehr!

General Otto von Below hat die Absicht, sich in Dessau zur Ruhe zu setzen. Der Bürgermeister der Stadt hat die Überlieferung dahin verboten, daß ein Auszug von Generalen dortin nicht e r w i n s c h t sei.

Aufrege Stimmung in Lübeck.

Lübeck, 11. Sept. Seit etwa 14 Tagen ist eine abermalige wesentliche Vertiefung der Lebensmittel in Lübeck verhängt worden. Es gibt in den Arbeiterkreisen, und man erwartet den Ausbruch von Unruhen. Die Arbeiterchaft des Sozialenwertes richtet einen energischen Protest an den Senat. Es heißt darin, daß die Erhöhung des Preises für Weizen um 20 Pf. auf 68 Pf. dem Volk den Boden auslösche. Die Arbeiterchaft verlangt die sofortige Wiederherstellung des alten Mittelpreises und eine Verbilligung von Fett und Fleisch zu Gunsten der öffentlichen Mittel. Die Arbeiterchaft erblickt nur in der sofortigen Erfüllung ihrer Forderung das Mittel, die Stadt vor Unruhen zu bewahren.

Einen schönen Blick auf das blaße Gesicht des Verunglückten werfen und laut aufschreien, war einß bei Frau Grongal.

„Vergott, das ist ja der junge Walter!“ „Nennen Sie den Burschen“, fragte der Schürmann. „Er wurde überfahren, und wir schaffen ihn hierher, weil es das nächste Haus war.“

„Aber, ob ich ihn kenne! Er wohnt ja hier. Im dritten Stock oben bei seiner Mutter, die eine arme Witwe ist. Ach Gott, aber die Frau kommt aber auch alles! Vor einem Jahre erß starb ihr der Mann, ihr Zehnerchen ist gekümmert und leßt, wo der Franz endlich die gute Stelle bei dem Photographen hat, muß ich das paffieren! Was wird sie nur sagen, und gar erst die arme Heubild!“

„Schließen Sie lieber das Knechtigen hinausgewiesenen Schürmann, der inzwischen auch Knechtigen hinausgewiesenen hatte, ungeduldig. Dann wandte er sich höflich an Hempel. „Da der arme Bursche hier im Hause wohnt, könnten wir ihn eigentlich gleich nach seiner Wohnung schaffen und zu Bett bringen, wenn Sie mir ein bißchen helfen wollten dabel, Herr...“

„Wobers“, fiel der Detektiv, der den Schürmann sehr gut kannte, rasch ein. „Jahob Wobers, Schreiber. Natürlich heißt ich Ihnen. Wollen Sie uns bitte eine Decke bringen, Frau Grongal, und dann voraus hinaufgehen, um die Angehörigen vorzubereiten, woherkommen Sie und Gemächern dabei gemacht, woherkommen Sie? Es scheint ja auch nicht allzu schlimm zu sehen um den jungen Mann. Wahrscheinlich nur eine Ohnmacht infolge des Schreckes.“

Frau Grongal erkte, um immer noch Bewußtlosen vorzüglich baranzuführen. „So, nun gehe ich zu Frau Walter hinauf“, sagte sie dann.

„Zagen Sie, man soll ein Welt zurück machen“, rief ihr der Schürmann noch nach. „Der Arzt wird gleich hier sein. Ich habe bereits an die Rettungsgesellschaft telephoniert.“

(Fortsetzung folgt.)

